

Protokoll

Sitzung Nr. 5
 Datum **Mittwoch, 29. Mai 2013**
 Ort Aula des Schulhauses der Sekundarstufe I
 Zeit 19.00 Uhr bis 21.30 Uhr

Vorsitz	Stettler-Schwenter Marceline	GFL 1
1. Vizepräsidentin	Thomann Lemann Johanna	FDP 1
StimmzählerIn	Gunaratnam-Rajendra Shri Ahila Jost Klaus	SP 1 SVP 1
Mitglieder	Dietiker Markus Kistler Fides bis 20.45 Uhr König Reto Niklaus Marc Rhyn Hans-Jörg Spichiger-Röllli Petra Steiner Philip Zangger-Schöni Patricia	SP 8
	Aebi-Lehmann Elisabeth Bähler Peter Baumann Hans Peter Bolliger Stephan Bucheli Marco Burren Markus Dubler Hans Ulrich Hofstetter Michael Ritter-Grieskamp Bettina	SVP 9
	Hadorn Karin Köchli Martin Rothenbühler Hans-Jörg	BDP 3
	Bacher Markus George Ralph, ab 19.30 Uhr Lötscher Markus Remund Marcel	FDP 4
	Ackermann Thomas Mellert Denise	CVP 2
	Stucki Roland ab 19.20 Uhr Zingg-Kambli Annemarie ab 19.20 Uhr	EVP 2
	Greber-Borel Anne-Lise Kofel Peter	

	Vanoni Bruno Zurflüh David	GFL 4
	Oesch Toni	FdU 1
		37
Abwesend	Hadorn Markus Buser Heinz Pfister-Aebersold Marianne	BDP 1 FDP 1 SVP 1
Vertreter des Gemeinderates	Bichsel Daniel, Gemeindepräsident Veglio Mirjam, Vizegemeindepräsidentin ab 20.45 Uhr Crettenand Joseph Huber-Spari Sabine Jörg Kurt Westphale Edi	
Beigezogen	Portner David, Finanzverwalter	
Abwesend	Traber Peter	
Gemeindeschreiber	Gatschet Roland	
Protokoll	Roll Corinne, Höhere Sachbearbeiterin	
Anzahl Zuhörende	2	
Anzahl Medien	2	

Geschäfte

34	Pro Protokoll	
	Protokoll vom 24. April 2013, Genehmigung	100
35	1.525. Verwaltungsbericht Gemeinde Verwaltungsbericht 2012; Kenntnisnahme (inklusive Abschreibung parlamentarische Vorstösse).....	101
36	25.301. Rechnungsabschluss Einwohnergemeinde Jahresrechnung 2012	111
37	111.905. Pikettfahrzeug Atenschutz- und Modultransportfahrzeug; Kreditabrechnung	123
38	25.321. Verpflichtungskredite Sanierung Blumenstrasse / Birkenstrasse; Verpflichtungskredite	123
39	1.201.4 Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung, Ersatzwahl	125
40	1.92. Parlamentarische Vorstösse Interpellation David Zurflüh und Mitunterzeichnende betreffend "Gebühren- Rückerstattung – auch für Mieterinnen und Mieter?" Antwort	126
41	1.92. Parlamentarische Vorstösse Überparteiliche Motion betreffend "Beteiligung Zollikofens an der Modernisierung des Theaters der Hauptstadtregion Bern"	126

GROSSER GEMEINDERAT
Die Präsidentin Der Sekretär

Die Protokollführerin

Verhandlungen

Präsidentin: Werter Gemeindepräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe GGR-Kolleginnen und Kollegen, werte Pressevertreter und Gäste. Ich möchte Sie ganz herzlich zur heutigen Sitzung begrüßen. Ich wurde freundlich gebeten, die Sitzung zügig voranzubringen, ein Spiel der Young Boys steht auf dem Programm (*Anmerkung der Protokollführerin: allgemeine Heiterkeit*).

Deshalb komme ich direkt zu den Entschuldigungen. Vom Grossen Gemeinderat haben sich Markus Hadorn und Heinz Buser entschuldigt, vom Gemeinderat ist es Peter Traber. Mirjam Veglio und Thomas Ackermann kommen etwas später. Gibt es noch weitere Entschuldigungen? Ich stelle fest, dass 33 Mitglieder anwesend sind. Demzufolge kann ich die Beschlussfähigkeit des GGR feststellen. Speziell begrüßen möchte ich den neuen Finanzverwalter, David Portner, er ist als Sachverständiger beigezogen.

Mitteilungen der Präsidentin

Präsidentin: Keine.

Mitteilungen der GPK

GPK: Keine.

Mitteilungen des Gemeinderates

Gemeinderat: Keine.

Präsidentin: Wir kommen bereits zu den traktandierten Themen. Die Liste wurde Ihnen zugestellt. Haben Sie Änderungswünsche bezüglich der Reihenfolge der Traktanden? Das ist nicht der Fall. **Somit ist die Traktandenliste genehmigt.**

34 Pro Protokoll

Protokoll vom 24. April 2013, Genehmigung

Präsidentin: Wird das Wort verlangt?

Stephan Bolliger, SVP: Ich hätte noch eine kleine Korrektur auf Seite 79, unterster Abschnitt. Hier sollte nicht stehen "...dass wir für 650 Kinder Personen hätten..." sondern "...dass wir für 650 Kinder 100 Stellenprozent hätten...".

Präsidentin: Weitere Bemerkungen? Das ist nicht der Fall. **Somit stelle ich fest, dass das Protokoll vom 24. April 2013 genehmigt ist.**

35 1.525. Verwaltungsbericht Gemeinde

Verwaltungsbericht 2012; Kenntnissnahme (inklusive Abschreibung parlamentarische Vorstösse)

Präsidentin: Ich komme zu Traktandum zwei, dem Verwaltungsbericht. Es geht um Kenntnissnahme. Eintreten ist gemäss Artikel 24 der Geschäftsordnung vorgegeben. Die GPK hat das Wort.

Bruno Vanoni, GPK: Die GPK dankt für die umfangreiche Berichterstattung und die grosse Arbeit, die dahintersteckt. Sie findet es schade, dass der gute Gesamteindruck durch einzelne Ungereimtheiten in den Detail-Formulierungen unnötig geschmälert wird.

Ein paar Beispiele zur Erläuterung dieser Kritik:

- S. 18: Einleitend wird über vier Medienorientierungen berichtet, doch dann werden nur drei mit Datum und Thema aufgezählt.
- S. 20: Der Entscheid der Regionalversammlung gegen die Bezeichnung der Rütli als „Vorranggebiet Wohnen“ wird als „Sieg gegen Bern, Köniz, Ostermundigen und Ittigen“ dargestellt – diese vier Gemeinden haben eine Stimmkraft von 68 Stimmen; beim Entscheid gab es jedoch nur 17 Gegenstimmen.
- S. 30: Die tabellarisch dargestellte Entwicklung der Schülerzahlen der Musikschule in den Gemeinden Bremgarten und Zollikofen vermittelt ein gegenteiliges Bild als der angefügte Kommentar (möglicherweise wurde dieser aus dem Vorjahr übernommen).
- S. 65: Zählt man die drei nach Kategorien aufgeschlüsselten Geschäfte der Vormundschafts- und Sozialkommission (VSK) zusammen, ergibt dies nicht die gleiche Summe wie im eingangs erwähnten Total der Geschäfte.

Wir werden später zu einzelnen Kapiteln noch Fragen stellen. Nun eine generelle Anregung zum Verwaltungsbericht. Wir haben in der GPK vor dem Verwaltungsbericht die Rechnung behandelt und haben dort festgestellt, dass die Nummerierung der Kapitel, beziehungsweise die Reihenfolge der verschiedenen Kapitel nicht übereinstimmt und das macht es schwierig, Daten aus dem Verwaltungsbericht mit Daten aus der Rechnung zu vergleichen.

Wir bitten deshalb, den Aufbau und die Form des Verwaltungsberichtes zu überprüfen, beispielsweise dass man die Nummerierung der Kapitel an die Jahresrechnung anpassen könnte. Wir wissen aber, dass die Rubriken der Jahresrechnung demnächst den Vorgaben des Kantons angepasst werden. Also müssten die Änderungen nicht jetzt, sondern im Hinblick auf das neue Rechnungsmodell angebracht werden.

Es sollte auch darauf geachtet werden, dass gleiche Sachverhalte in den verschiedenen Kapiteln auf gleiche Weise behandelt werden (zum Beispiel Inhalt von geänderten Reglementen zusammengefasst wiedergeben oder nicht?) und dass die Formulierungen auch etwas Substantielles über die Verwaltungstätigkeit im Berichtsjahr aussagen.

Ein letztes Anliegen: Es gibt immer wieder Formulierungen, die aus dem Vorjahr aufgenommen und wieder gebracht werden, manchmal hat man den Eindruck, dass sie gar nichts mehr aussagen, weil sie so allgemein gehalten sind. So kommt man zur Überlegung, ob es etwas Substantielles zur Verwaltungstätigkeit im Berichtsjahr zu sagen oder nicht – und dann sollte es weggelassen werden.

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat zum Verwaltungsbericht äussern?

Gemeinderat: Keine Wortmeldungen.

Präsidentin: Zum weiteren Vorgehen: Wir nehmen zuerst die allgemeinen Bemerkungen entgegen. Anschliessend wird der Bericht departementsweise durchgekämmt und wir kommen am Schluss zum Schwerpunktprogramm. Danach folgt die Abschreibung der parlamentari-

schen Vorstösse, auch dort wird der Verwaltungsbericht zur Debatte stehen. Das Wort ist offen für die Fraktionen, wem darf ich das Wort erteilen?

Hans Peter Baumann, SVP: Der Verwaltungsbericht ist ein Rechenschaftsbericht: Der GGR ist aufgerufen, diesen zu werten, obschon wir ihn ja nur zur Kenntnis nehmen können.

Die SVP-Fraktion stellt fest: Im Berichtsjahr ist von und in den Räten, in den Kommissionen und in der Verwaltung wieder qualitativ und quantitativ eine immense, unschätzbare Arbeit geleistet worden. Die SVP dankt allen Beteiligten für diese Arbeit und dem Gemeinderat speziell für die Koordination und Ausführung der vielfältigen Aufgaben.

Der Verwaltungsbericht ist ein unverzichtbares Dokument für die Zeitgeschichte; Er soll darum in aller Kürze und Klarheit darlegen, wie sich Zollikofen und die Verwaltungsaufgaben verändert haben. Damit soll er ein unentbehrliches Nachschlagswerk für die Gegenwart werden. Das bedingt, dass er nur das Wesentliche enthält und auch noch auf Distanz verständlich ist.

Dazu ein entsprechend weniger gutes Beispiel auf Seite 24 „Wasserverbund“ im Abschnitt Aufnahmegesuch der Gemeinde Kehrsatz: Der Wasserbezug läuft momentan über Köniz „Da unsere Wasserleitungen parallel verlaufen, ist keine grosse Investition nötig“. Ich habe nicht gewusst, dass wir in Köniz Wasserleitungen haben – aber vielleicht liegt das daran, dass ich eine lange Leitung habe.

Meiner Meinung nach sollte man den Verwaltungsbericht aus Sicht der Gemeinde verfassen und bei copy & paste-Texten sich die Mühe nehmen, diesen anzupassen. Dann hätte uns auch nicht die Fachexkursion nach Blattenheid gebracht, sondern der Verwaltungsrat des WVRB. Die Frage sei hier gestellt, ob das überhaupt in den Verwaltungsbericht gehört. Ich komme zurück zum Geschäft: Die SVP wird den Anträgen des Gemeinderates zustimmen.

Anne-Lise Greber, GFL: Der Verwaltungsbericht, den wir vor den Augen haben, zeigt einmal mehr die umfangreichen Aktivitäten, die in Zollikofen für Zollikofen im Jahr 2012 getätigt worden sind. Wir danken dem Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung für den umfangreichen, sauberen und informativen Bericht.

Beim Lesen sind Fragen aufgetaucht, die wir von der Verwaltung bereits beantwortet bekommen haben. Wenn nötig, werden sie in der Detailberatung kommentiert. Einen Mangel haben wir festgestellt, nämlich dass die Demission in globo der Mitglieder der Kommission für öffentliche Anlässe gar nicht erwähnt ist. Wir sind der Meinung, dass auch weniger schöne Ereignisse in den Jahresbericht gehören. Wir stimmen auch der Abschreibung des Postulates von Elisabeth Aebi zu.

Markus Dietiker, SP: Die SP-Fraktion vermisst einen Beitrag zu den Wahlen. Wir haben das Gefühl, dass das ein wichtiges Ereignis war im Jahr 2012.

Markus Lötscher, FDP: Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den ausführlichen Verwaltungsbericht 2012. Er gibt Einblick in eine umfangreiche Geschäftstätigkeit des Gemeinderates, der Kommissionen und der Verwaltung. Zudem zeigt er den Umsetzungsstand des Schwerpunktprogrammes 12 – 16. Es freut uns in Anführungsstrichen, dass die Postulate von Samuel Lemann aus den Jahren 2001 und 2003, es geht um Räume für Freizeit, Kultur und Bildung, in Bearbeitung bei der Bauverwaltung und Präsidialabteilung sind. Es ist wichtig, dass diese Anliegen nicht vergessen gehen und eine optimale Lösung gefunden werden kann.

Martin Köchli, BDP: Die BDP-Fraktion hat den Verwaltungsbericht 2012 inklusive dem Schwerpunktoprogramm 12/16 zur Kenntnis genommen und inhaltlich keine Ergänzungen oder Kritikpunkte anzubringen, aber möchte ihn doch wie folgt kurz kommentieren:

- Der Bericht ist für uns Neumitglieder zu lesen wie ein Lehrmittel. Er ist umfassend, übersichtlich, sehr informativ und besticht inhaltlich durch eine hohe Qualität.
- Der Bericht gibt sehr gut Auskunft über die wichtigen Aktivitäten sowie den Zustand der Verwaltung und Gemeinde Zollikofen.
- Er zeigt auf, wie es der Ex-Gemeindepräsident im Vorwort so schön ausdrückt, welche Substanz und welches Potential in der Gemeinde Zollikofen, ihren Mitarbeitern und den Behördenvertretern liegt.
- Somit möchte die BDP Fraktion all jenen, die für die Erstellung dieses guten Berichtes beigetragen haben, den Dank aussprechen.

–
Dementsprechend werden wir die Anträge unterstützen.

Präsidentin: Weitere Wortmeldungen der Fraktionen? Das ist nicht der Fall. Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Thomas Ackermann, CVP: Das CVP-Team dankt der Verwaltung für den wiederum sehr informativen Bericht. Der Bericht ist umfangreich. Wenn man alles im Detail lesen wollte, würde dies ziemlich viel Zeit benötigen. Jedes Ratsmitglied wird beim Durchlesen des Berichtes jene Aussagen angestrichen haben, die ihr, beziehungsweise ihm aus persönlicher oder parteipolitischer Sicht als besonders bemerkenswert aufgefallen sind. Ich denke, das reicht. Zitate aus dem Bericht sind überflüssig. Wir haben an der Berichterstattung nichts auszusetzen. Im Gegenteil: Zu einigen Informationen empfanden wir Freude oder auch Genugtuung. Vielleicht äussern wir uns noch später zu einzelnen Punkten. Das CVP-Team hat den Bericht zur Kenntnis genommen und unterstützt auch die vorgeschlagene Abschreibung des Postulats betreffend "Tempo 40 auf der Känelgasse".

Philip Steiner, SP: Ich möchte mich dem Dank für den Bericht anschliessen. Auch für die Ausführlichkeit des Berichtes. Ich habe aber doch zwei, drei Fragen oder Anregungen. Für mich ist dieser Bericht nicht nur ein Rechenschafts- sondern auch ein Arbeitsinstrument. Hier könnte man die Aussagekraft gewisser Daten erhöhen, speziell Seite 38, "Einkommens- und Vermögensstruktur natürlicher Personen". Hier hat man einen Überblick über das Jahr 2010, aufgegliedert nach verschiedenen Einkommensklassen. Hier würde ich mir eine Historie zu den Vorjahren wünschen, dass man mittels Trend ablesen kann, wie sich die Einkommenssteuerverhältnisse nach Gruppen verändern und dass man nicht nur einen "Snapshot" – auf Neudeutsch – erhält. Noch schöner wäre zusätzlich zur Tabelle ein gewisser Zielwert. Welche Verteilung von Einkommen möchten wir überhaupt in unserer Gemeinde haben? Wieviel EL-Bezüger möchten wir in der Gemeinde?

Bei den Finanzkennzahlen haben wir sehr wohl sehr gute Werte festgelegt, wo man sein möchte und haben auch durch mehrjährige Vergleiche mit Nachbargemeinden belegen können, ob wir über oder unter dem Schnitt sind. Gibt es Handlungsbedarf oder nicht?

Ein vierter Punkt, der optimiert werden könnte, ist ein gewisser Referenzwert, wenn eben die Einkommens- und Vermögensstruktur in eine Relation gebracht werden könnte mit dem Gesamtkanton oder einer anderen Referenzgemeinde. So würde Seite 38 sehr viel an Aussagekraft gewinnen, nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für zukünftige Entwicklungen. Aus meiner Sicht sind von dieser Entwicklung diverse Sachen abhängig. Die Wohnraumplanung: wir haben an der letzten Sitzung darüber geredet, ob es genug sozialen Wohnraum gibt. Hier wäre es hilfreich, wenn man sieht, ob sich in den letzten Jahren die Anzahl Sozialhilfeempfänger dramatisch verändert hat.

Auf Seite 66, "Struktur der Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger". Auch dort ist leider nur ein Zweijahresvergleich, der aus meiner Sicht nicht auf einen Blick zeigt, ob gegenüber

dem Jahr 2010 die Anzahl Sozialhilfeempfänger zugenommen hat. Wenn man individuell nachrechnet, kann man das nachvollziehen, aber hier würde eine Anpassung eine Erleichterung darstellen, die richtigen Entschlüsse zu treffen.

Um 19.20 Uhr erscheinen Roland Stucki und Annemarie Zingg.

Präsidentin: Weitere Voten aus dem Plenum? Das ist nicht der Fall. Ich möchte mich bedanken, dass der allgemeine Teil so effizient abgehandelt wurde. Möchte sich der Gemeinderat noch äussern? Das ist nicht der Fall, somit steigen wir in die Detailberatung des Verwaltungsberichtes ein. Das Wort hat die GPK:

1. Präsidiales (S. 6 – 33):

GPK: Das Wort wird nicht gewünscht.

Präsidentin: Der Gemeinderat hat das Wort.

Gemeinderat: Das Wort wird nicht gewünscht.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder. Darf ich bitten, zu erwähnen, wo ihr seid und zu welchem Punkt ihr Stellung nehmt, also Seitenzahl und evtl. noch Abschnitt.

Toni Oesch, FdU: Seite 20, Regionalkonferenz Bern Mittelland: Hier wird über die Rütli berichtet wie sie als Vorranggebiet Wohnen aus dem Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept RGSK gestrichen worden ist. Dagegen haben sich die Gemeindepräsidenten von Bern, Köniz, Ostermundigen und Ittigen gestellt. Die ländlichen Gemeinden sind dafür gewesen. Sie sind anscheinend vor allem der Meinung gewesen, die ehemalige Landwirtschaftsschule Rütli würde weiterbestehen wie ehemals.

Wie sich die Kantonsregierung als Eigentümerin in Zukunft verhalten wird, ist unbekannt. Bekannt sind ihre Verkäufe von Liegenschaften. Jedenfalls ist Wachsamkeit angesagt, wenn nicht nur rot-grün regierte Gemeinden in der Nachbarschaft für die Stadterweiterung sind. Die S-Bahnstation Rütli ist schon in der Planung festgeschrieben.

Um 19.30 Uhr erscheint Ralph George.

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte mich ebenfalls zum Kapitel "Regionalkonferenz Bern Mittelland" äussern: Die Formulierung hier erinnert mich an Kritik, die wir vor einem Jahr bei der Behandlung des Verwaltungsberichtes vorbringen mussten.

Wir hatten damals den Eindruck, dass die Berichterstattung über das Mitwirken in der Regionalkonferenz immer eine gewisse "Schlagseite" im Sinn von Stimmungsmache gegen Regionalkonferenz, gegen Stadt oder gegen wen auch immer hat. Dieser Eindruck wird hier bestätigt. Es heisst, man habe "einen wichtigen Sieg errungen, gegen Bern, Köniz, Ostermundigen und Ittigen". Das ist keine Berichterstattung aus dem Sport, sondern aus dem Verwaltungsbericht. Wenn das stimmen würde – Bern, Köniz, Ostermundigen und Ittigen haben in der Regionalkonferenz eine Stimmkraft von 68 Stimmen.

In der Abstimmung gab es 17 Gegenstimmen und einen Haufen Enthaltungen. Man kann also sicher nicht von einem "Sieg" gegen vier andere wichtige Gemeinden der Regionalkonferenz sprechen. Wir sind ein Teil davon, das ist nicht irgendein Verein, sondern eine öffentliche Körperschaft und wir ein Teil davon. Unser Ziel ist es hier, aktiv mitzuarbeiten. Es war ein Sieg für die Rütli, da wäre ich einverstanden. Und weil es ein Sieg für die Rütli war, weil man diese herausgestrichen hatte aus dem regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept kommt die Rütli auch in der regionalen Planung nicht mehr infrage als Vorranggebiet für

das Wohnen. Die Rütli wird nach dieser Willensbekundung nicht überbaut. Nicht auf ewig, aber für eine gewisse Zeit.

Das wäre nun ein Grund, den Sieg für die Rütli ernstzunehmen und vorwärts zu machen mit der Planung und der Überlegung, wie der Raum Rütli als Grünraum erhalten und aufgewertet werden kann. Ich mache eine Klammerbemerkung: in der Rechnung kann man sehen, dass im Budget Gelder eingesetzt gewesen wären, um das Landschaftsentwicklungskonzept für die Rütli zu erarbeiten. Dies geht auf einen früheren Vorstoss zurück, den der GGR in diesem Teil überwiesen hat. Von diesen bewilligten Geldern sind Null Franken gebraucht worden, weil man sagt, man wolle das Landschaftsentwicklungskonzept im Rahmen der Ortsplanungsrevision machen.

Wir finden, diesen "Sieg" für die Rütli, hier möchte ich mich beim früheren Gemeindepräsidenten Stefan Funk und seinen Mitstreitenden dafür bedanken, sollte man nun als Chance nutzen, diese Rütli zu erhalten und zu schauen, dass sie nicht wegen Einzonungen an den Rändern "ausfranst".

Toni Oesch, FdU: Seite 29, Standortförderung vor Ort: Berichtet wird über den Wirtschafts Anlass Zollikofen 2012. Der ehemalige Gemeindepräsident Funk hat seinen Vortrag auf hochdeutsch abgelesen. Ich habe nachträglich um Aushändigung dieser Rede gefragt, wie es etwa üblich ist. Das ist via Frau Roll, zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit, abgelehnt worden, mit dem Hinweis, es sei eine Stegreif-Rede gewesen. Ich möchte anregen, dies zu ändern.

2. Finanzen (S. 34 – 38):

GPK: Keine Bemerkungen.

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Toni Oesch, FdU: Seite 36, Finanzkommission, Behandelte Vorlagen: Schwerpunkt sei die Stellungnahme zur Zonenplan- und Baureglementsänderung Lättere gewesen. Zugestimmt hat sie dem Antrag des Gemeinderates betreffend der Mehrwertabschöpfung. Gemäss Reglement sollten 40 Prozent des Einzonungsmehrwertes dem Grundeigentümer angelastet werden, hier also 4,8 Mio. von 12 Mio. Franken. Absolut unverständlich sind an den Mehrwert angerechnet worden die Projektkosten, Kanalisation, Trottoir, Altlasten und die Baugrundabsicherung von total 4,8 Mio. Franken.

Auch die Landabtretung für den Werkhof ist angerechnet worden. Sie ist dargestellt worden als Gratisabtretung, ausmachend 1,6 Mio. Franken. Wenn man noch die zweite Kanalisationsröhre von 1,8 Mio. Franken zulasten der Spezialfinanzierung berücksichtigt, resultiert für die Gemeinde ein Verlustgeschäft. Von der Gemeinde Münchenbuchsee wissen wir, dass sie 35 Prozent vom Mehrwert abschöpft und keine Anrechnung von irgendwelchen Leistungen anerkennt. Und wesentlich: Im Februar dieses Jahres hat das Schweizervolk das neue Raumplanungsgesetz angenommen, das eine Mindestabschöpfung von 20 Prozent vorschreibt.

Zu Seite 37, Steuerertrag, Statistik „Harmonisierter Steuerertrag“: Zollikofen rangiert an vierter Stelle mit Fr. 2'732.00 pro Kopf. Zu beachten ist, dass die Stadt Bern mit Fr. 3'305.00 pro Kopf besser dasteht. Das sollte der Stadt bei Verhandlungen über Beihilfen gesagt werden.

Zu Seite 38, Steuerertrag, Statistiken, Einkommens- und Vermögenssteuer: Diese Statistik ist vielsagend. Zur Einkommensteuer: Die grösste Gruppe mit fast 1'200 Pflichtigen bezahlt

am wenigsten. Sie haben total Fr. 43'000.00 abgeliefert, oder 0,23 Prozent der total 18,7 Mio. Franken. Die zweitgrösste Gruppe mit ca. 900 Pflichtigen sind jene mit steuerbarem Einkommen von Fr. 50'200.00 bis Fr. 70'000.00, abgeliefert 3,2 Mio. Franken oder 17 Prozent vom Total. Diese Gruppe kann man mit den zwei nächsten Gruppen zum Mittelstand rechnen, der bekanntlich am meisten gerupft wird. Zur Vermögensteuer: In unserer Gemeinde zählen wir Ende 2010 341 Einwohner, die mindestens 1 Mio. Franken steuerbares Vermögen deklarieren. Wenn statt der amtlichen Werte der Liegenschaften deren Verkehrswert herangezogen würde, sind es natürlich mehr. Und wenn eines Tages der gläserne Steuerpflichtige Tatsache sein wird, sind es beträchtlich mehr. Als die Steuerregister auf der Gemeindeverwaltung während etwa 14 Tagen öffentlich aufgelegt waren, hatte ich mir zum Sport gemacht, die Millionäre herauszuschreiben, die Null oder wenig Einkommen deklariert haben. In der Ära Funk ist die öffentliche Auflage der Steuerregister aufgehoben worden. Vielleicht gibt es auch hier eine Änderung.

3. Bau (S. 39 - 45):

GPK: Keine Mitteilungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat hierzu Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

4. Betriebe (S. 47 - 50)

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Toni Oesch, FdU: Seite 50, Neues Abwasserentsorgungsreglement: Statt des letzten Satzes, der sagt: „Die jährliche Gebührenbelastung wird im Jahr 2013 weiterhin gleichbleibend sein“ sollte es besser heissen „Die Gebühren werden erst ab 2014 erhöht.“

5. Bildung (S 51 - 63)

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

GPK: Keine Mitteilungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkung.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Denise Mellert, CVP: Die CVP-Fraktion möchte zwei positive Punkte hervorheben, und zwar auf Seite 54, "Aus der Agenda 2012", Mai: Die Kinder haben sich mit der "Forscherkiste" beschäftigt. Dies wird sich hoffentlich auf die Öffnung des Fächers der Möglichkeiten für die Berufswahl auswirken. Insbesondere sollten die Mädchen animiert werden, sich in im Berufsfeld von Naturkunde und Mathematik vermehrt zu engagieren.

Auf Seite 58, "Siegerprojekt LIFT": Schon als Vertreterin der Eltern Oberstufe nahm ich Kenntnis über die Lancierung und es freut mich umso mehr, dass das Projekt solchen Erfolg hat. Ich wünsche mir, dass es so weiter geht.

6. Soziales (S. 65 - 78)

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

Patricia Zangger, GPK: Seite 67: Soziales – Delegationen: In welchen Institutionen sind die Sozialdienste Mitglied, beziehungsweise welche Hauptversammlungen werden durch VSK-Mitglieder oder Sozialarbeitende besucht?

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Sabine Huber, Gemeinderätin: Es gibt eine ganze Anzahl Institutionen, bei welchen Delegierte des Sozialen dabei sind:

- Wohnbaugenossenschaft Schweizerhubel, Gemeindevertretung
- Mütter- und Väterberatung Kanton Bern, Delegierte
- Verein Berner Schuldenberatung, Delegierte
- Berner Konferenz für Sozialhilfe,- Kindes- und Erwachsenenschutz BKSE, Delegierte. Dies ist doppelt besetzt, noch mit einem Mitglied.
- Naturalverpflegungsverband Amt Bern, Delegierte
- Pflegekinderaktion Bern, Delegierte
- Drehscheibe Gesundheit, Delegierte der Sozialdienste
- Koordinationsgruppe Alter, Delegierte der Sozialdienste
- Runder Tisch Integration, Vertretung der Sozialdienste
- Verbindungsperson Plattform Früherfassung, Delegierte der Sozialdienste
- Verbindungsperson zum Verein Kinderbetreuung Zollikofen KIBEZ
- Verbindungsperson zur Verein Offene Kinder- und Jugendarbeit
- Verbindungsperson zum Verein ALP, Aktion Lehrstellen und Praktikumsplätze Grauholz
- Mitgliedschaft nur für die Hauptversammlung haben wir auch, bei der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

7. Sicherheit (S. 79 - 86)

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

Patricia Zangger, GPK: Seite 86, Gemeindeführungsstab GFO: Gemäss der Tabelle sind zahlreiche Funktionen von GFO-Stabsmitgliedern vakant. Wäre der GFO im Ernstfall so noch handlungsfähig?

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat äussern?

Edi Westphale, Gemeinderat: Da die Frage in der Gegenwart gestellt worden ist, kann ich sie bejahen. Wir haben seit diesem Jahr ein Mandatsverhältnis mit dem ehemaligen Führungsorgan Bern plus und sind so gut aufgestellt wie noch nie, da sind Profis am Werk und von Gemeindeseite her sind die Stellen besetzt.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Ratsmitglieder: Das Wort wird nicht gewünscht.

8. Planung (S. 87 - 91)

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkung.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Toni Oesch, FdU: Seite 87, Planung Lättere, zur Erinnerung: Diese Planung ist im GGR mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen worden. In der Volksabstimmung hat aber das Verhältnis 40 Prozent "Nein" zu 60 Prozent "Ja" gelautet. Die Frage sei gestattet: Sind die GGR-Mitglieder die wahren Volksvertreter?

Weitere Frage: Soll doch die Gemeindeversammlung wieder eingeführt werden, wie wir sie in der Nähe haben, z.B. in Ittigen und Belp, also in grösseren Gemeinden als Zollikofen?

Zu Seite 88, Überarbeitung Schutzzonenplan: Anscheinend sollen auf Begehren einer Anwohnerin und Mitglied der Planungskommission geschützte Eichen im Schweizerhubel entfernt werden, was zahlreiche Einsprachen zur Folge gehabt hat. Die bejahende Stellungnahme des Gemeinderates zeugt von Missachtung eines Volksentscheides betreffend Schweizerhubel-Überbauung.

Berichterstattung zum Schwerpunktprogramm 12/16 (S. 92 - 105)

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

49.31

Marianne Pfister, GPK: S. 91: Gemäss Text soll das Energiestadt-Goldlabel bis 2018 erreicht werden; gemäss Schwerpunktprogramm (S. 98) soll dieses Ziel schon 2016 erreicht werden. Was gilt?

Seite 101: Der Gemeinderat bezeichnet das Ziel (Tätigkeiten 2012), genügend Tageseltern zu finden, als erfüllt. Wie passt das zur Information auf Seite 72, dass es „mangels“ Tagesmüttern und -vätern eine länger gewordene Warteliste für die Betreuung in Tagesfamilien gibt?

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Die Frage der GPK betreffend das Energiestadt-Goldlabel kann ich folgendermassen beantworten: Das Schwerpunktprogramm, über welches auf Seite 98 berichtet wird, wurde im Herbst 2011 durch den Gemeinderat verabschiedet. Darin wurde

die Zielerreichung für das Jahr 2016 definiert. Im Verlauf des Jahres 2012 hat der Gemeinderat im Rahmen der Beratung für das neue Schwerpunktprogramm, welches für das Jahr 2013 gilt, die Zielsetzung auf 2018 geändert und das gilt. Insofern sind beide Aussagen richtig.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

David Zurflüh, GFL: Ich habe ebenfalls eine Bemerkung zu Seite 98, Energiestadt-Label: Dieser Punkt wurde offenbar nicht erfüllt im letzten Jahr. Wir haben bei der Verwaltung nachgefragt und sie antworteten, dass sie bis 2014 einen Massnahmenplan erarbeiten wollen. Wenn das Label also 2016 oder 2018 erreicht werden soll, ist dieser Zeithorizont zur Erreichung des Goldlabels etwas knapp bemessen. In Anbetracht der letzten Abstimmung zur Volksinitiative "Bern erneuerbar" bei der der Gegenvorschlag in Zollikofen eine Mehrheit fand, haben wir einen Auftrag bezüglich dieses Themas vorwärts zu machen und das Ganze nicht wieder hinauszuschieben wie in der Vergangenheit.

Toni Oesch, FdU: S. 97 unten, Lösungsansatz „Die Grünflächen aufwerten und vernetzen“ Beurteilung durch den Gemeinderat: „Erfüllt“. Unsere Beurteilung: „Nicht erfüllt“, weil in Wirklichkeit eine grosse Grünfläche eingezont worden ist.

Präsidentin: Gibt es weitere Bemerkungen? Das ist nicht der Fall. Möchte sich der Gemeinderat äussern?

Sabine Huber, Gemeinderätin: Es ist noch eine Frage der GPK offen. Sie wurde gestellt, aber nicht beantwortet. Es geht um die Förderung der Tageseltern. Es sieht so aus, als wäre es widersprüchlich. Möglicherweise ist die Tätigkeit 2012 "genügend Tageseltern finden" etwas unglücklich formuliert, weil es eigentlich ein Ziel wäre. Trotzdem kann man sagen, dass alle Möglichkeiten von Seiten Gemeinde, dieses Ziel zu erreichen, unterstützt wurden. Die volle Ausschöpfung im Rahmen der kantonalen Vorgaben und die Unterstützung des Vereins KIBEZ in seinen Massnahmen um Tagesmütter- und väter zu finden. Letztlich müssen wir sagen, dass die Tätigkeit erfüllt wurde, das Ziel leider noch nicht, denn dieses ist es, genügend Tageseltern zu finden.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Denise Mellert, CVP: Auf Seite 101, Lösungsansatz 4.5, "Zusätzliche öffentliche Erlebnisplätze einrichten." Unser Eindruck ist, dass dieser Punkt nicht ganz so erfüllt ist, wie es hier steht. Es wurden zwar Spielplätze überprüft, was wir als sehr wichtig empfinden und auch wichtig ist. Diese Mängel werden auch behoben. In in Aussicht gestellt für die nächsten Schritte ist die Ermittlung zusätzlicher Geräte. Hier bittet die CVP, bei den Arbeiten, die noch vor uns stehen, sich Gedanken zur Errichtung eines Robinsonspielplatzes zu machen.

Auf Seite 102, Punkt 6.1, Berichterstattung: Hier steht, dass der Elternrat Geisshubel den Anlass zum Thema "Mobbing" organisiert hatte, aber auf Seite 55, unter "Zusammenarbeit Schule – Elternräte" wird festgehalten, dass der Gesamtelternrat den Anlass organisiert hat. Wer hat es denn jetzt organisiert?

Bruno Vanoni, GFL: Ich melde mich nur, weil der Gemeinderat heute Abend offenbar Kritik über sich ergehen lässt, auch wenn sie nicht gerechtfertigt ist. Deshalb möchte ich ihm hier eine Lanze brechen. Auf Seite 92 ist vorbildlich eine Erläuterung abgedruckt, wie die Berichterstattung zum Schwerpunktprogramm 12 / 16 gelesen werden muss. Die Beurteilung durch den Gemeinderat bezieht sich auf die Tätigkeiten im Jahr 2012. Wenn es heisst "erfüllt", dann geht es nicht darum, ob der Schwerpunkt, oder der Lösungsansatz, oder das, was im Jahr 2016 erreicht werden soll, erfüllt ist, sondern um die Tätigkeit im Jahr 2012. Ich sage dies, weil vorher in Bezug auf den Schwerpunkt auf Seite 97, unterer Teil, "wir entwickeln den Lebensraum nachhaltig, vereint mit der Region" Kritik geübt wurde. Die Tätigkeit

hiess: "Monitoring der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft fortführen" und es geht dabei um das ökologische Vernetzungsprogramm, das die Aufwertung der landwirtschaftlichen Flächen angehen kann. Dieses Monitoring ist offensichtlich gemacht worden und der Gemeinderat hat zu Recht gesagt, es sei erfüllt. Nach diesem Lob wäre es schön, wenn dieses Monitoring auch noch veröffentlicht würde, auf der Website zum Beispiel. Man kann dort lesen, welche seltenen Arten im Bühlikofen oder in der Meielen existieren, man kann aber auch lesen, dass die Qualität der Flächen, die man mit Gemeindegeld und landwirtschaftlichen Direktzahlungen unterstützt, immer noch nicht den Stand erreicht hat, den man gerne hätte.

Thomas Ackermann, CVP: Ich äussere mich zu Seite 104 der Schwerpunkte. Punkt 6.5: "Die politische Bildung der Jugend verstärken". und "Die politische Bildung in der Schule ist praxisnah und gemeindebezogen. Ebenfalls Punkt 6.6 "Schulische und soziale Probleme aller Art möglichst früh erfassen und so einer Negativspirale vorbeugen". Hier geht es um die Schulsozialarbeit, die wir definitiv an der letzten GGR-Sitzung beschlossen haben. Diese Punkte erachten wir als positiv und unser Anliegen ist es, dass so weitergemacht wird.

Toni Oesch, FdU: Bezüglich Seite 97, über die ich mich vorher geäussert habe und auch bezüglich der Aussagen: Ich begreife, dass er den Gemeinderat unterstützt. Er hat sich für die Einzonung Lättere sehr eingesetzt, Schwerpunkt "Wir entwickeln den Lebensraum nachhaltig, vereint mit der Region". Mit dem Lösungsansatz "Die Grünflächen aufwerten und vernetzen" ist nur eine Tätigkeit genannt, aber die andere Tätigkeit im 2012 ist eben die Einzonung Lättere.

Präsidentin: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Hat der Gemeinderat Anmerkungen? Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass wir diese Berichterstattung ebenfalls abgeschlossen haben. Wir kommen nachher noch zur Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse. Wir behandeln diese getrennt.

Als erste die Motion Hans-Jörg Rhyn und Mitunterzeichnende betreffend "AKV Mühleberg – unabhängig überprüfen und nur sicher wieder ans Netz!" Diese wird stillschweigend abgeschrieben.

Möchte sich hier jemand äussern? Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zum Postulat Elisabeth Aebi betreffend "Einführung von Tempo 40 auf der Känelgasse". Möchte sich hier jemand äussern? Das ist auch nicht der Fall.

Toni Oesch, FdU: Zum Verwaltungsbericht gehören auch andere Seiten, nämlich die Motionen ab Seite zehn und da möchte ich etwas dazu sagen.

Seite 10, Parlamentarische Vorstösse, erste Zeile Motion Reta Caspar, GFL, Einzonung „Lättere“, eingereicht 25.1.2006, erheblich erklärt am 31.5.2006, in Bearbeitung bei der Bauverwaltung.

Wir haben letzten Herbst anlässlich der Gemeindewahlen und nach der Einzonung der Lättere auf diese hängige Motion hingewiesen. Herr Vanoni der GFL hat das im MZ abgestritten, mit „wer etwas anderes behauptet, disqualifiziert sich selbst“. Nicht genug damit: Er hat uns zweimal mit Anwälten gedroht. Wenn wir uns nicht öffentlich entschuldigen, würden rechtliche Schritten unternommen. Zudem hat er ohne mich zu informieren, also hinterrücks, auch unsere Kandidatinnen und Kandidaten unter Druck gesetzt. Ich überlasse es den geeigneten Zuhörerinnen und Zuhörern dieses Vorgehen zu beurteilen.

Ein Wort zum Landstuhl: Wie die Lättere, wo sich der ehemalige Gemeindepräsident Funk und vor allem die Grünen für die Einzonung stark gemacht haben, ist der Landstuhl nach ihren Begriffen eine Baulücke und genau gleich nahe am ÖV. Er gehört auch genau gleich wie die Lättere es bisher gewesen ist, zum Landwirtschaftsschutzgebiet Rütli.

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben, weil ich von den Äusserungen betroffen bin und ich nicht möchte, dass eine einseitige Darstellung im Protokoll veröffentlicht wird. Ich möchte zu diesen "Androhungen rechtlicher Schritte" nur sagen, dass sie nicht von mir, sondern von der GFL angedroht wurden und wir haben die rechtlichen Schritte angedroht, weil wir in der Wahlpropaganda der FdU wider besseren Wissens mit Falschaussagen bombardiert wurden und auch auf den offiziellen Plakatständern, die die Gemeinde zur Verfügung gestellt hatte. Uns ist es gelungen, mit der Androhung der rechtlichen Schritte zu erreichen, dass die Falschaussagen nicht noch zusätzlich wiederholt wurden. Wir haben kürzlich die Anwaltskosten bezahlt, für uns ist die Sache erledigt.

Präsidentin: Wir müssen noch über das Postulat Elisabeth Aebi betreffend "Einführung von Tempo 40 auf der Känelgasse" abstimmen. Wer dieses als erledigt abschreiben will, soll die Hand aufhalten. Dies ist grossmehrheitlich.

Dann komme ich zur Abstimmung. Ich stelle gestützt auf Artikel 54 Absatz 2 Litera c der Gemeindeverfassung fest:

Abstimmung:

1. **Der Verwaltungsbericht 2012 der folgenden Departemente wird zur Kenntnis genommen:**

1. Präsidiales	5. Bildung
2. Finanzen	6. Soziales
3. Bau	7. Sicherheit
4. Betriebe	8. Planung
2. **Die Berichterstattung 2012 zum Schwerpunktprogramm 12/16 wird zur Kenntnis genommen.**
3. **Die Motion Hans-Jörg Rhy und Mitunterzeichnende betreffen "AKW Mühleberg – unabhängig überprüfen und nur sicher wieder ans Netz!" wird gemäss Artikel 35, Absatz 3 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates stillschweigend abgeschrieben.**
4. **Das Postulat Elisabeth Aebi betreffend "Einführung von Tempo 40 auf der Känelgasse" wird erledigt abgeschrieben.**

36 25.301. Rechnungsabschluss Einwohnergemeinde

Jahresrechnung 2012

Präsidentin: Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vorgegeben. Zum Vorgehen: Es ist wie jedes Jahr, wir halten zuerst einen Teil für allgemeine Bemerkungen ab. Anschliessend werden wir die Rechnung im Detail beraten und dann noch die Produkterrechnung NPM, Berichterstattung für die Sekundarstufe I behandeln. Die GPK hat das Wort.

Peter Bähler, GPK: Die GPK dankt dem Gemeinderat und der Finanzverwaltung für die wieder vorzüglich dargestellte Jahresrechnung 2012. Die GPK hat die Jahresrechnung kapitelweise in Anwesenheit von Kurt Jörg und Finanzverwalter David Portner durchdiskutiert. Sie stellte Fragen und bekam alle Antworten. Es wurde erwähnt, wieso so wenig investiert wurde, das wurde begründet. Weiter bekamen wir über Anstellungsverhältnisse der Aufgabenhilfe eine Auskunft. Und wir bekamen eine Auskunft, wo der Beitrag an die Ausstellung der Blindenschule verbucht wurde. Und wir merkten, dass im Jahr 2012 aus der Spezialfinanzierung der GGA noch keine Beiträge für die Tarifsenkung bezahlt wurden, weil diese erst im

laufenden Jahr greift. Die GPK hat keine Fragen mehr zur Jahresrechnung, es wurde alles beantwortet. Wir danken Gemeinderat Kurt Jörg und Herrn Portner, dass sie an unserer Sitzung teilgenommen haben.

Präsidentin: Der Gemeinderat hat das Wort.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Die Rechnung, sie haben es dem Bericht der GPK angemerkt, ist wohl nicht so spektakulär. Sie schliesst mit den gleichen Vorzeichen ab, wie das Budget prognostiziert hat. Wir haben zwei Faktoren, die dies sehr beeinflussen. Einerseits haben wir wesentlich weniger investiert, deshalb hatten wir knapp Fr. 400'000.00 weniger Abschreibungen. Wir machten eine Rückstellung im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, weil wir dort rückwirkend abrechnen, in diesem Jahr fallen zwei Abrechnungen an. Rückstellungen wären erlaubt bis zu 100 Prozent, wir haben 50 Prozent zurückgestellt. Soweit die Erklärung, wie man auf eine Null gekommen wäre, beim Rechnungsabschluss.

Noch ein paar erwähnenswerte Punkte: Die Rechnungsführung während dem Jahr 2012 oblag dem damaligen Finanzverwalter Daniel Bichsel. Er war aber nicht mehr aktiv beim Rechnungsabschluss dabei, weil die Vereinbarkeit der beiden Ämter Gemeindepräsidium und Finanzverwaltung nicht gegeben ist. Soweit hat sein Stellvertreter Stefan Fässler mit seiner Crew diesen Rechnungsabschluss erstellt, mit derselben Zuverlässigkeit und Genauigkeit wie in früheren Jahren, dafür möchte ich bestens danken.

Neu ist auch Finanzverwalter David Portner. Er hat sich in diesem Monat seit seinem Amtsantritt schon gut eingearbeitet und soviel ich gehört habe, ist er noch begeistert (*allgemeine Heiterkeit*).

Wir haben seit 01. Januar 2013, beziehungsweise seit dem 31. Dezember 2012 keine Fremdschulden mehr in unserer Gemeinde. Wir zahlen keiner Bank und auch keiner Post mehr Zinsen. Auch dies ist nicht selbstverständlich und hat mit unserem haushälterischen Umgang mit den Mitteln in den letzten Jahren zu tun.

Ein weiteres Novum: Bericht und Antrag haben in der Tabelle auf Seite zwei plötzlich eine neue rote Farbe, das gefällt mir weniger. Das zeigt, dass der Rechnungsabschluss rot ist. Wir machen keine Überabschreibungen, wir gleichen aus unserem Topf aus. Dies muss noch nicht Anlass zur Sorge geben, aber wir müssen ein wachsames Auge darauf halten. Die Investitionen, die nicht getätigt wurden, teilweise politisch oder planerisch bedingt, werden alle kommen und sind jetzt dieses Jahr da. Die längste Baustelle, räumlich und zeitlich, ist bald fertig. Die nächsten Drei haben sicher eine kürzere Zeitachse – vier Grossbaustellen werden in diesem Jahr abgeschlossen. Dies nur, damit klar ist, weshalb soviel weniger Investitionen im Rechnungsjahr 2012 zu verzeichnen sind.

Präsidentin: Somit wäre für allgemeine Bemerkungen das Wort offen für die Fraktionen.

Markus Burren, SVP: Die SVP-Fraktion dankt für die super abgefasste Jahresrechnung. und für die Budgetdisziplin. Damit konnte der Aufwand genau eingehalten werden. Kurt Jörg hat es bereits gesagt, es gibt eine Besserstellung wegen den zu tiefen Investitionen; aber sie kommen noch dieses Jahr. Bei den Steuern haben wir eine Punktlandung, wir hatten eine Diskussion auch wegen der Korrekturfaktoren. Wer bei 22 Millionen etwas korrigieren will mit Prozent, der ist super, aber fertig bringt es niemand. Also war die Vorgabe ohne Korrekturfaktor sehr gut. Auch die Besonderheit, dass man eine Rückstellung macht, Fr. 350'000.00, unterstützen wir insbesondere aufgrund des Rechnungsergebnisses und wie es zustande kam. Im Weiteren stellen wir fest, dass in den letzten zehn Jahren die Anzahl Steuerpflichtige um 717 Personen zugenommen hat, das heisst 12,9 Prozent. Das sind Steuerzahler die wir brauchen, um die hier beschlossenen zusätzlichen Ausgaben decken zu können. Wenn wir stagniert hätten, hätten wir den Steuerfuss erhöhen müssen und wir müssten auch mehr bezahlen.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Die SP-Fraktion dankt der Finanzverwaltung - insbesondere Stefan Fässler und seinem Chef - für die saubere und transparente Darstellung der Gemeinderechnung 2012.

Die SP nimmt Kenntnis von einem Abschluss, der insgesamt erfreulich ist, obwohl erstmals ein kleines Defizit in der Laufenden Rechnung ausgewiesen wird, ein Defizit, das um die Hälfte kleiner ist als die Prognose im Budget.

Erfreulich ist der Abschluss vor allem deshalb, weil die Gemeinde Zollikofen zum ersten Mal frei von Schulden ist, und daneben auch die Nettoinvestitionen aus eigenen Mitteln bezahlt werden konnten. Jeder Franken, den wir nicht für Schuldzinsen ausgeben, kann für sinnvollere Aufgaben der Gemeinde eingesetzt werden.

Wir müssen uns aber im Klaren sein, dass dies nur möglich war, weil im letzten Jahr wieder nur sehr wenig investiert wurde.

Die Freude wird darum schon etwas gedämpft, wenn wir uns vor Augen halten, was für eine - immer grössere - Bugwelle von fälligen Investitionen die Gemeinde vor sich herschiebt!

Das wird in den kommenden Jahren sicher negative Folgen haben, da machen wir uns keine Illusionen.

Die künftige Belastung der Gemeindefinanzen durch den immer grösseren Investitionsbedarf hat sich der Grosse Gemeinderat aber selber zuzuschreiben: Die Mehrheit des Rates – sie sitzt hier auf der rechten Seite - hat sich in den letzten Jahren immer wieder kompetent gefühlt, ausgereifte, vom Gemeinderat gut vorbereitete Projekte zurückzuweisen, mit der Behauptung, man könnte das anders eventuell besser oder billiger machen.

Keines der Projekte ist in der Zwischenzeit billiger geworden. Und realisiert eben leider auch nicht.

- Die Sanierung und der Umbau des Verwaltungsgebäudes kann jetzt endlich - nach zwei weiteren verpassten Jahren - in Angriff genommen werden, genau so, wie dies von der Baukommission und den beigezogenen Architekten seinerzeit vorgeschlagen wurde.
- Im Reichenbach ist die Fussgängerbrücke über den Krebsbach immer noch nicht saniert.
- Bei der Liegenschaft Grill - auf dieser strategisch wichtigen Parzelle beim Bahnhof Untertzollikofen - ist die sanfte Renovation und Dachisolation ebenfalls immer noch nicht gemacht. Das Haus verlottert weiter.

Die nötigen Massnahmen bei all diesen Projekten werden nicht billiger. Und es kommen weitere nötige Sanierungen dazu. Ich erinnere an die Kindergärten am Lindenweg.

Liebe SVP, ihr habt ja grosses Vertrauen ins Volk. Das ist gut. Aber etwas mehr Vertrauen in die eigenen Leute in der Exekutive wäre noch besser.

Die SP-Fraktion hofft, dass mit diesen Sponti-Rückweisungen nun Schluss ist und die nötigen Investitionen der Reihe nach realisiert werden, auch wenn das die Perspektiven im Finanzplan etwas verdüstert.

Nur mit regelmässigen Investitionen - vor allem in den Substanzerhalt - können wir vermeiden, dass plötzlich ein riesiger Finanzbedarf entsteht, der den Gemeinderat zu unerwünschten finanziellen Massnahmen und Hauruckübungen zwingen könnte.

Die SP-Fraktion empfiehlt die Jahresrechnung 2012 zur Genehmigung. Einzelne Fragen werden wir noch bei den verschiedenen Kapiteln stellen.

Präsidentin: Weitere Fraktionsmeinungen? Das ist nicht der Fall. Dann ist das Wort offen für alle Ratsmitglieder.

Marcel Remund, FDP: Die Jahresrechnung zeigt, dass Zollikofen trotz eines Verlustes in der laufenden Rechnung von 0,3 Mio. Franken finanziell insgesamt solide dasteht. Die FDP-

Fraktion dankt dem Finanzvorsteher, dem Finanzverwalter beziehungsweise dem Stellvertreter und seinem Team für die kompetente Führung und Darstellung der Jahresrechnung. Wir werden die Jahresrechnung 2012 genehmigen.

Die Laufende Rechnung schliesst analog den Vorjahren besser als budgetiert ab. Die Besonderstellung beläuft sich auf knapp 0,4 Mio. Franken. Das Eigenkapital beträgt trotz des Jahresverlustes noch beachtliche 14,4 Mio. Franken. Der Anteil des Eigenkapitals zur Bilanzsumme erhöhte sich sogar noch gegenüber dem Vorjahr um 1 Prozent auf 28 Prozent. Die verzinslichen Fremdschulden konnten im 2012 vollständig zurückbezahlt werden und die flüssigen Mittel haben trotzdem noch um 2,3 Mio. Franken zugenommen. Dies zeigt, dass Zollikofen über einen gewissen Handlungsspielraum betreffend notwendiger Investitionen und in der Steuerpolitik verfügt.

Investitionen sind wichtig und die Grundlage für eine weiterhin positive Entwicklung unserer Gemeinde. Die Investitionsquote wird sich daher in den nächsten Jahren sicherlich erhöhen. Aber auch da gilt es trotzdem Augenmass zu wahren. Das heisst, die Kosten müssen in einem vernünftigen Verhältnis zum wirtschaftlichen Nutzen stehen. Es gilt, mit dem Geld des Steuerzahlers haushälterisch umzugehen.

Mit Sorge sehen wir die Entwicklung bei der sozialen Wohlfahrt. In den letzten Jahren gab es dort überproportionale Kostensteigerungen. Die Gründe sind sicherlich vielfältig und dieser Trend ist auch in anderen Gemeinden und anderen Staatsebenen zu beobachten. Hinter den reinen Zahlen stehen immer auch Menschen und deren individuelle Lebenssituation. Lösungen, um diesen Trend zu stoppen, sind nicht einfach zu finden und doch kann eine Fortführung dieser Kostenentwicklung nicht in unserem Interesse sein.

Martin Köchli, BDP: Die BDP-Fraktion wird nach eingehender Prüfung die Jahresrechnung 2012 genehmigen und begründet diesen Entschied wie folgt:

- Die Rechnung schliesst bei Aufwendungen von 42,55 Mio. Franken und Erträgen von 42,216 Mio. Franken mit einem Aufwandüberschuss von 0,334 Mio. Franken erfreulich ab.
- Trotz einer tiefen Gemeindesteuieranlage von 1.40 ist es gelungen, die letzte Darlehensschuld von 3 Mio. Franken aus den flüssigen Mitteln zu tilgen.
- Der Vorbericht ist aus Sicht der BDP übersichtlich und gibt nachvollziehbar Auskunft über die Gründe der Minderaufwände und -erträge sowie der Minderausgaben bei den steuerfinanzierten Nettoinvestitionen und den entsprechenden Abschreibungen.
- Beim Studium des Vorberichtes nimmt die BDP-Fraktion zur Kenntnis, dass doch in verschiedenen Bereichen Mehraufwände erzeugt werden und zwar unter anderem durch selbständig Erwerbende in Mandatsbasis als Überbrückung von Vakanzen und durch nicht bezogene Ferienguthaben sowie aufgelaufene Überzeitsaldis. Auch werden Budgets für die Aus- und Weiterbildung des Verwaltungspersonals nicht ausgeschöpft.
- Die BDP Fraktion möchte den Verantwortlichen der Rechnungsführung, vorab dem Finanzverwalter-Stellvertreter Stefan Fässler sowie dem Finanzvorsteher Kurt Jörg für die geleistete Arbeit danken und zur guten Jahresrechnung 2012 gratulieren. Die Erwähnten steuerten im Berichtsjahr massgeblich zu einem, wenn man mit anderen Gemeinden vergleicht, gesunden Finanzhaushalt der Gemeinde Zollikofen bei, was auch die BDP unterstützt.

Bruno Vanoni, GFL: Auch wir von der GFL-Fraktion danken für die Arbeit, die für diese Jahresrechnung geleistet wurde. Wir danken auch dafür, dass die Fragen, die wir im Vorfeld stellen konnten, vom neuen Finanzverwalter kompetent und prompt beantwortet wurden. Die Jahresrechnung sieht, wie wir gehört haben, besser aus als erwartet. Ein wesentlicher Faktor ist, dass Investitionen aufgeschoben wurden, aber noch auf uns zukommen.

Ich habe gewartet bis zum Schluss der Fraktionserklärungen, weil ich gespannt war, ob das grosse Wort, das in der letzten Rechnungsdebatte immer kam, auch wieder kommt. Ich habe

bis jetzt nur das Wort Steuerpolitik gehört, aber das Wort Steuersenkung habe ich noch nicht gehört. Aber im Mitteilungsblatt Zollikofen konnte man es lesen, und es gibt offenbar Leute in der Gemeinde, die nach diesem Rechnungsabschluss immer noch finden, es gäbe Spielraum um die Steuersenkungsdiskussion warm zu halten. Wir teilen diese Meinung nicht. Aufgrund dieser Investitionen, die wir vor uns hergeschoben haben, Hans-Jörg Rhyn sagte es bereits, manchmal gab es gute Gründe für die Vertagung von Entscheiden oder die Forderung nach Alternativen. Aber wir werden in den nächsten Jahren Geld für die aufgeschobenen, wichtigen Investitionen benötigen.

Zur Steuersenkung kann man sagen: Sie hat stattgefunden. Und zwar auf Kantonsebene. Man getraut sich nicht wirklich, es laut zu sagen, aber im Verwaltungsbericht, den wir vorher zur Kenntnis genommen haben, heisst es auf Seite 31, eine der Folgen der kantonalen Steuersenkungen sei, dass Sparpakete gemacht werden müssten und dass unter anderem bei den Musikschulen 0,5 Mio. Franken weniger Kantonsbeiträge zugunsten der Musikschulen geleistet werden. Wir haben im letzten GGR, bei der Beratung der Schulsozialarbeit zur Kenntnis genommen, dass der Kanton, wegen der Steuersenkungen, die gemacht wurden, und wegen des Sparpaketes, das die direkte Folge davon war, die Ansätze für seine Beiträge an die Schulsozialarbeit senken musste.

Die Steuersenkung hat also stattgefunden. Wer das noch nicht glaubt, kann im Verwaltungsbericht auf Seite 37 lesen, dass der harmonisierte Steuerertrag pro Kopf in Zollikofen um sage und schreibe 29,3 Prozent zurückgegangen ist. Welche Faktoren dahinterstehen weiss ich nicht im Detail, aber was klar ist: Es ist sicher nicht so, dass die Leute in Zollikofen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in dem Ausmass eingebüsst haben, dass darum der harmonisierte Steuerertrag soviel kleiner ist.

Sicher wird ein Teil darauf zurückzuführen sein, dass im Zusammenhang mit den Steuersenkungen beim Kanton, bei der Kantonssteuer, eine wesentliche Entlastung der Steuerzahlenden stattgefunden hat. Die Quittung dafür wird in den nächsten Jahren kommen, Hans-Jörg Rhyn könnte das viel besser sagen, was alles im Grossen Rat ansteht an Sparmassnahmen, die ans Lebendige gehen werden. Deshalb sage ich nochmals, die Steuersenkung hat stattgefunden und kann in den nächsten Jahren für uns hier kein Thema mehr sein.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Thomas Ackermann, CVP: Das Ergebnis der Jahresrechnung ist erfreulich, in Anbetracht der von Gemeinderat Kurt Jörg erwähnten besonderen Rückstellung sogar gut. Das CVP-Team nimmt dies gerne zur Kenntnis. Auch wir danken dem Finanzverwalter-Stellvertreter, also Stefan Fässler und dem Team sowie dem Finanzvorsteher für die transparente und sorgfältige Rechnungsführung. Dabei schätzen wir die übersichtliche Grafik in Bericht und Antrag sowie die umfassenden Kommentierungen im gelben Heft. Sehr zweckmässig finden wir die durch die Schulleitung definierten Massnahmen in der NPM-Berichterstattung. Das CVP-Team wird der vorliegenden Rechnung zustimmen.

Toni Oesch, FdU: Bei der Vorbereitung dieses Geschäftes habe ich Herrn Fässler, im Beisein von Herrn Portner, ein paar Fragen stellen und klären können. Ich danke ihm dafür und auch für die Bereitschaft, den Beamer bereitzuhalten. Herrn Portner wünschen wir viel Erfolg und dass er hier Wurzeln schlägt. Solange ich kann, werde ich ihn unterstützen.

Zur Excel-Tabelle (siehe Seite 117): In den letzten sechs Jahren haben die Jahresrechnungen immer mit zum Teil grossen Ertragsüberschüssen abgeschlossen, bei budgetierten Aufwandüberschüssen.

Für 2012 wird also wieder mal ein Aufwandüberschuss ausgewiesen. Bis letztes Jahr sind im GGR alle über diese Resultate sehr erfreut gewesen, ausgenommen ich, weil ich der Auffassung bin, dass man den Steuerzahlern zuviel aus dem Portemonnaie geholt hat. Ich zeige auf, dass sogar ein effektives Resultat resultiert, nämlich: Erste Zeile die Budgetzahlen im-

mer rot. Zweite Zeile: Die Kolonne 2012 ist dieses Jahr speziell: Im November 2012 hat der GGR als einzigen Nachkredit im 2012 noch eine Rückstellung von Fr. 350'000.00 bewilligt. Die Begründung ist gewesen, eine Belastung von Fr. 700'000.00 durch den Kanton werde nachschüssig im 2013 erfolgen, davon eben die Fr. 350'000.00 das Jahr 2012 betreffend für den Lastenausgleich Soziales. Alle Lastenausgleichszahlungen erfolgen nachschüssig, das heisst, im Folgejahr.

Es fragt sich, warum der Kanton dieses Guthaben bis heute noch nicht einkassiert hat. Er hätte ja sogar schon letztes Jahr die Rechnung stellen können, wenn das so klar ist. In guten Treuen hätte man die gesamten Fr. 700'000.00 voll dem Jahr 2013 belasten können und nicht nur zur Hälfte. Zum definitiven Rechnungsergebnis 2012: Statt des gezeigten Aufwandüberschusses von Fr. 334'000.00 ergibt sich ein effektiver Ertragsüberschuss von Fr. 16'000.00.

Damit will ich sagen, dass auch für 2012 eine Fehlprognose zum Budget von Fr. 707'000.00 resultierte. Anlässlich der nächsten Budgetdebatte im Oktober sollten wir uns deswegen bei einem grossen Aufwandüberschuss nicht ins Bockshorn jagen lassen. Klar wird dann das grosse Gejammer losgehen und Steuererhöhungen verlangt werden, vor allem von einer bestimmten Seite. Der ausgewiesene Aufwandüberschuss von Fr. 334'000.00 ist andererseits gar nicht so schlecht. Warum?

Hier ein paar Gründe: Meine erste Reaktion war, als ich das Resultat unserer Jahresrechnung vernommen habe, dass wir gegenüber der Stadt mit ihrer Bettelei für die Stadttheater-Sanierung argumentieren können, wir seien in den roten Zahlen und seien deshalb nicht in der Lage zu sponsern oder wir könnten nur einen symbolischen Beitrag leisten. Inzwischen hat aber der Gemeinderat entschieden, Fr. 111'200.00 zu zahlen.

Wenn das Geschäft in den GGR gekommen wäre, hätte ich natürlich für Null gestimmt, gleich wie es Münchenbuchsee macht. Vielleicht wird das Denken und Handeln im Sinne von „wir haben's und vermögen's“ ein wenig gedämpft. Mit Aufwandüberschüssen erhalten wir etwas zurück, das wir zuviel bezahlt haben.

Ich nehme an, Frau Roll fügt diese Excel-Tabelle wieder ins Protokoll ein, sodass ich nicht jede Zahl ablesen muss. Noch etwas zu dieser Rechnung: Wenn wir zeitlich in den Oktober 2011 zurückspulen, als wir hier das Budget 2012 beraten haben, ist es heute angezeigt auf zwei Begebenheiten zurückzukommen. Eventuell kann man von Fehlern lernen.

Erstens: Kurz vor der GGR-Sitzung hat uns damals der Pikettzug der Feuerwehr darauf aufmerksam gemacht, dass der Gemeinderat den Ersatz des Pikettfahrzeuges ins Jahr 2013 verschoben hat und auf Antrag der Finanzkommission Fr. 20'000.00 für dringend benötigtes Korpsmaterial gestrichen worden ist. Der Brief ist betitelt gewesen „Grobes Foul der FiKo, das durch den Schiri (Gemeinderat) wider besseres Wissen nicht gepfiffen wurde“. Der Gemeinderat hat dann den Rückzug geblasen, das Fahrzeug ist im November durch den GGR bewilligt worden. Heute Abend befinden wir über die Kreditabrechnung.

Herr Buser vom Freisinn, heute abend abwesend, hat sich für die Streichung von Fr. 20'000.00 stark gemacht. Die Debatte hat acht Seiten des Protokolls beansprucht. Schlussendlich sind in geheimer Abstimmung, die ich als feige betrachtete, durch eine Mehrheit die Fr. 20'000.00 gestrichen worden. Das ist eindeutig ein Misstrauen gegenüber der Feuerwehr gewesen. Eine Gemeindeversammlung hätte bestimmt anders entschieden.

Zweitens: Ich habe den Antrag gestellt, eine minime Steuersenkung von 0,2 Steuerzehnteln vorzunehmen, ausmachend etwa Fr. 300'000.00 Damit hätten wir in Zollikofen die magische Grenze einer Steueranlage von 1,40 unterschreiten können. Mein Antrag ist abgelehnt worden, auch vom Freisinn. Das hat aber diese Leute nicht gehindert, im April 2012 eine Motion einzureichen, mit der sie für 2013 eine Steuersenkung von einem ganzen Steuerzehntel ver-

Roland Stucki, EVP: Auch wir haben keinen Grund gefunden, diesem Bericht und Antrag nicht zuzustimmen, wir möchten den Verantwortlichen ganz herzlich für die gut aufgestellte Rechnung danken. Wir sind froh, dass die Gemeinde so haushälterisch mit den Finanzen umgeht. Wenn ich an Münchenbuchsee denke, das quasi die Spezialfinanzierungs-Schatulle öffnen muss – das ist uns erspart geblieben. Wir werden uns aber auch weiterhin einsetzen, Hans-Jörg Rhyn, dass wenn Vorhaben auf den Tisch kommen, diese auf Wirksamkeit und Effizienz geprüft werden und wenn es bessere Vorhaben gibt, wir die ersteren mit unserer Stimme gegebenenfalls auch zurückweisen werden.

Präsidentin: Weitere Fragen aus dem Rat? Möchte der Gemeinderat eine Ergänzung anbringen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir nun zur Detailberatung - ich möchte Euch bitten, die Seiten und Kontonummern, sobald an der Reihe, klar auszusprechen, damit sich die anderen positionieren können - wir machen dies anhand der Farben.

Vorbericht (S. 1-19, weiss):

Toni Oesch, FdU: Seiten 5/6, Erträge, Steuern und 12/13 Details zu Steuern
Auf Seite fünf heisst es, der Gesamtsteuerertrag liege rund Fr. 200'000.00 unter den budgetierten Werten. Wichtig scheint mir immer, die Jahreszahlen auch mit dem Vorjahr zu vergleichen sind. Die Abweichung macht nämlich rund Fr. 91'000.00 minus aus.

Seite 12, 9. Finanzen und Steuern: Wie ich vorhin gesagt habe, scheint mir wichtig, immer auch 2012 mit dem Vorjahr zu vergleichen. Dann schliesst das Total Finanzen und Steuern um 1,1 Mio. Franken besser ab. Ich komme dann noch auf die Steuern zurück bei den rosa Seiten.

Seite 14, Investitionsrechnung unten: Dort heisst es, dass die Investitionsrechnung durch die Rückerstattung des Betagtenheims für die noch ausstehenden Investitionsbeiträge, Kto. 570.669.01, entlastet worden ist mit 0,51 Mio. Franken. Anlässlich der Abstimmung vor einigen Jahren im Altersheimverein ist den Mitgliedern erzählt worden, und das hatte grossen Einfluss auf die Volksabstimmung, das Heim könne bei der neuen Art der Finanzierung die Verluste nicht tragen und deshalb müsse das Heim aufgegeben werden. Wie sieht die Wirklichkeit aus? Das Heim weist einen Gewinn für 2012 von Fr. 4'000.00 aus, wobei für rund Fr. 750'000.00 die Zweier- und Dreier-Zimmer in Einzimmer umgewandelt worden sind, als Unterhalt und nicht aktiviert.

Seite 16, Ziff. 10.2, Selbstfinanzierungsanteil: Es wird ein Wert von rund zwei Prozent für den Steuerhaushalt ausgewiesen. Im Kommentar heisst es, ein Wert unter zehn Prozent sei ungenügend.

Ergebnisse / Finanzierungsausweis (S. 20 + 21, hellgelb):

Keine Bemerkungen.

Zusammenzug Bestandesrechnung (S. 22 + 23, grün):

Keine Bemerkungen.

Zusammenzug Laufende Rechnung (S. 24, rosa):

Keine Bemerkungen.

Artengliederung Laufende Rechnung (S. 25 – 29, weiss):

Keine Bemerkungen.

Artengliederung Investitionsrechnung (30 – 32, weiss):

Keine Bemerkungen.

Abschreibungstabelle (S. 33 + 34, hellblau):

Keine Bemerkungen.

Verpflichtungskreditkontrolle (S. 35 - 40, gelb):

Keine Bemerkungen.

Nachkredittabelle (S. 41 - 43, weiss):

Keine Bemerkungen.

Laufende Rechnung; Detail (S. 44 - 66, rosa):

Bruno Vanoni, GFL: Ich hätte eine Bemerkung zu Seite 57, Posten 590.367.01, "Beiträge an Hilfsaktionen In- und Ausland". In der Rechnung 2011 sind Fr. 10'000.00 eingesetzt für diese Hilfsaktionen. Dieser Posten wird verschiedentlich in Budgetdebatten unter Sparbemühungen infrage gestellt. Wir hielten diese Beiträge immer noch. Deshalb haben wir im Voranschlag 2012 Fr. 10'000.00 bereitgestellt und sehen jetzt, dass nur die Hälfte davon gebraucht wurde. Diese wurden für das Hilfsprojekt in Madagaskar eingesetzt. Die restlichen Fr. 5'000.00 hätten im vergangenen Jahr für sehr viele sinnvolle Projekte, auch Nothilfe-Appelle sowohl im In- als auch im Ausland eingesetzt werden können. Wir bitten, dass das Geld bei der nächsten Budgetdebatte und dann auch im Jahr, in dem es zur Verfügung steht, eingesetzt wird.

Präsidentin: Wir kommen zu den Laufenden Rechnungen, wo es Kontonummern hat. Wenn jemand eine Bemerkung hat, machen wir das kapitelweise:

Kapitel 0, Allgemeine Verwaltung (S.44 – 46):

GPK: Keine Bemerkungen.

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen

1 Öffentliche Sicherheit (S. 46 – 48)

Toni Oesch, FdU: Seite 47, Feuerwehr, Konto. 140.311.02, Anschaffung von Ausrüstung und Korpsmaterial: Budgetiert Fr. 62'860.00, gebraucht Fr. 62'807.50 Hier kommt die ominöse Abstimmung zum Vorschein. Die Feuerwehr hat also die Budgetdisziplin eingehalten.

2 Bildung (S. 48 – 51)

Keine Bemerkungen.

3 Kultur und Freizeit (S.51 – 54)

Toni Oesch, FdU: Seite 52, Theater, Konzerte, Rubrik 302: Hier ist ersichtlich, dass wir im 2012 rund Fr. 292'000.00 an kulturelle Institutionen an die Stadt abgeliefert haben. Warum gegenüber 2011 Fr. 19'000.00 mehr, ist das auf die erhöhte Einwohnerzahl zurückzuführen?

Um 20.45 Uhr kommt Mirjam Veglio.

Um 20.45 Uhr geht Fides Kistler.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Es gibt alle vier Jahre eine neue Subventionsperiode, darum wechselt der Betrag alle vier Jahre.

4 Gesundheit (S. 54 + 55)

Keine Bemerkungen.

5 Soziale Wohlfahrt (S. 55 – 57)

Toni Oesch, FdU: Seite 56, Betagtenheim, Konto 570.469.01, Abgeltung Infrastruktur: Fr. 262'163.90, das ist eine Rechnung der Gemeinde an das Betagtenheim, etwa analog für Abgeltung eines Baurechts.

Weiter Seite 57, Lastenausgleich Sozialhilfe, Konto 587.351.99: Hier ist die Äufnung der Rückstellung von Fr. 350'000.00 belastet. Im 2013 werden nochmals Fr. 350'000.00 anfallen.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Zur Rückstellung von Fr. 350'000.00, diese sind zurückgestellt, weil nicht marchzählig abgerechnet wird. Im Jahr 2013 werden zwei Jahre abgerechnet. Wir werden grob 1,4 Mio. Franken benötigen, davon haben wir Fr. 350'000.00 zurückgestellt.

6 Verkehr (S. 57 bis 59):

Toni Oesch, FdU: Seite 59, Übriger Verkehr, Kto. 690.301.01, Löhne Fährbetrieb, rund Fr. 30'000.00. Etwas Geschichte: Wenn vor etwa 20 bis 30 Jahren der damals verantwortliche Gemeinderat das Datum für die Erneuerung des Vertrages mit der Brauerei Reichenbach nicht verpasst hätte, müsste heute noch die Brauerei für den Fährbetrieb aufkommen.

7 Umwelt und Raumordnung (S. 59 – 63)

Toni Oesch, FdU: Seite 63, Raumplanung, Kto. 790.439.01: Planungsmehrwertabschüpfung Einnahmen von Fr. 74'600.00. Es handelt sich anscheinend um den Neubaukomplex Ecke Bernstrasse / Kirchlindachstrasse. Offenbar hat der Gemeinderat hier seine Vorgaben eingehalten. Im Vergleich zur Lättere-Überbauung wäre das aber als ungleiche Behandlung zu betrachten.

8 Volkswirtschaft (S. 63 - 64)

Keine Bemerkungen.

9 Finanzen und Steuern (S. 64 – 66)

Toni Oesch, FdU: Seite 64, Finanzen und Steuern: Bei den weissen Seiten habe ich bereits aufmerksam gemacht, dass das Total dieser Rubrik im 2012 gegenüber dem Vorjahr eine Besserstellung von 1,1 Mio. Franken erfahren hat. Wenn man aber den gleichen Vergleich in der Rubrik 90, "Steuern" anstellt, ergibt sich eine Verschlechterung um rund Fr. 791'000.00. Bei den Einkommenssteuern natürliche Personen machts Fr. 290'000.00 aus und bei den Vermögenssteuern natürliche Personen Fr. 13'000.00.

Wenn man die Gründe dafür sucht, kann man die kantonale, kleine Steuersenkung heranziehen, die auch für die Gemeinden Gültigkeit hat. Wenn man aber noch die Situation von

Zollikofen berücksichtigt, wo sehr viele Steuerpflichtige im tertiären Sektor tätig sind, vor allem in öffentlichen Verwaltungen wo automatische Gehaltserhöhungen üblich sind, muss man annehmen, dass die Steuersenkung noch mehr ausgemacht hat. Die leichte Erhöhung der Einwohnerzahl kann man wahrscheinlich ignorieren. Aber vergessen wir nicht, dass gerade diese Erhöhung uns sehr viel kostet in bezug auf die Infrastruktur und vor allem auf den direkten Finanzausgleich. Für das Jahr 2013 haben wir vermutlich auch zu hoch gegriffen punkto Steuern, ich habe das ausgerechnet.

Hans Peter Baumann, SVP: Ich möchte dies hier aufgreifen – Einkommenssteuer und mehr Steuerpflichtige. Es wurde erwähnt, wir haben 717 mehr Steuerpflichtige als vor zehn Jahren, im letzten Jahr stand, dass wir 170 Einwohner haben und 167 mehr, die Steuern zahlen. Wenn man diese 717 Personen mehr nimmt, gibt das 2,3 Mio. Mehreinnahmen. Wenn wir die Infrastruktur im Griff haben, hat eine wachsende Gemeinde Vorteile gegenüber einer stagnierenden Gemeinde oder einer mit sinkenden Steuerzahlenden.

Markus Burren, SVP: Etwas zu Seite 65, Position 940, Zinsen: Nach den verschiedenen Voten entsteht der Eindruck, wir würden keine Zinsen mehr bezahlen in Zukunft, aber das ist falsch, bei Position 940.391.01 auf Seite 66 werden die Fr. 311'000.00 nach wie vor bestehen bleiben. Diese Zinsen werden wir nach wie vor bezahlen, wir schulden sie den Spezialfinanzierungen. Hier steht es schwarz auf weiss, auch wenn manchmal Anderes behauptet wird.

Investitionsrechnung; Detail (S. 67 - 73, orange):

Toni Oesch, FdU: Rote Seite 69, Rubrik 5 Soziale Wohlfahrt, Rubrik 57 "Altersheime", man merke die "Mehrzahl". Und Konto. 570.669.01 Betagtenheim, Amortisation Investitionsbeiträge Fr. 514'277.50 im Ertrag. Das sind Beiträge der Bewohner des Altersheims, nach Vorgaben des Kantons, etwa Fr. 34.00 pro Tag. Viele Bewohner können das nicht berappen. Hier springt die EL ein, also Steuergelder der Allgemeinheit.

Bestandesrechnung; Detail (S. 74 - 80, grün):

Toni Oesch, FdU: Seite 76 Hochbauten, Kto. 1143.18 Betagtenheim, Heimerweiterung: Abgang Fr. 514'277.50, gleicher Betrag wie vorhin aus Ertrag auf Seite 69 erwähnt. Der Buchwert unseres Betagtenheims beträgt demnach nur noch Fr. 514'277.50. Das Heim ist also bald nichts mehr wert. So kann man es ungeniert sprengen, wie ein Freisinniger vor nicht langer Zeit hier mal gesagt hat. Wenn es aber verkauft wird, ergibt sich ein grosser Buchgewinn, dann können wir ungeniert die grossen zukünftigen Investitionen ausführen.

Anhänge 1 - 3 (S. 81 - 83, weiss):

Keine Bemerkungen.

Zusatzauswertungen (S. 84 -93, weiss) :

Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Damit haben wir die Rechnung 2012 beraten. Wir kommen nun zur Produkterrechnung NPM, Berichterstattung Jahr 2012 für die Sekundarstufe I.

Peter Bähler, GPK: Als Ergebnisprüfungsorgan (GV Artikel 52 Absatz 3 Buchstabe c) prüfte die Geschäftsprüfungskommission Zollikofen am 24.04.2013 die Berichterstattung des Gemeinderates über die Erreichung der Wirkungs- und Leistungsziele der einzelnen Produkte.

Die Prüfung beschränkte sich auf Stichproben zur Beurteilung ausgewählter Produkte bezüglich der formellen Anforderungen, der Richtigkeit der Indikatoren und der Angemessenheit der Standards. Die Stichproben wurden am Tag der Prüfung durch das Prüfteam festgelegt. Geprüft wurden jene Indikatoren, die im Vorjahr Anlass zu Bemerkungen der GPK gegeben hatten, erstmals vorgelegt worden sind oder grosse Abweichungen im Ergebnis aufweisen. Die Geschäftsprüfungskommission bestätigt, dass die Berichterstattung des Gemeinderates richtig und aussagekräftig ist. Fragen und Bemerkungen zu einzelnen Punkten aus der Berichterstattung wurden mit den zuständigen Personen (Gemeinderätin Sabine Huber, Schulleiter Rolf Graber) direkt besprochen. Als Beispiel dient die Bewertung Punkt 3.1. Vor allem die siebten Klassen stellten tiefe Noten aus. In der Analyse zeigt sich dann, dass zu diesem Zeitpunkt kein Schularzt (Demission) verfügbar war, was sich sofort im Ergebnis zeigt.

Die GPK dankt dem Gemeinderat und der Schulleitung für die Berichterstattung, der Gemeinderätin für die ergänzenden Erklärungen und dem abtretenden Schularzt für die geleisteten Dienste für die Gesundheit der Kinder.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat, den Bericht des Gemeinderates zu genehmigen.

Präsidentin: Möchte der Gemeinderat sich äussern? Das ist nicht der Fall. Das Wort ist offen für die Fraktionen. Ist nicht der Fall. Bemerkungen der Ratsmitglieder? Das ist nicht der Fall. Wir gehen die Produkterrechnung nun im Einzelnen durch:

Produkt 1 Unterricht: Keine Bemerkungen.

Produkt 2 Kultur und Projekte: Keine Bemerkungen.

Produkt 3 Gesundheit und Soziales: Keine Bemerkungen.

Produkt 4 Information und Zusammenarbeit: Keine Bemerkungen.

Anhang 1a: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Damit haben wir die Produkterrechnung NPM beraten. Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer der Jahresrechnung, so wie sie vorliegt, zustimmen will, soll die Hand erheben.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mehrheitlich:

- 1. Von der Berichterstattung für den NPM-Bereich Sekundarstufe 1 (HRM-Kontengruppe 212) für das Jahr 2012 einschliesslich des damit verbundenen Nettoaufwandes von Fr. 289'269.25 wird Kenntnis genommen.**
- 3. Die Jahresrechnung für das Jahr 2012, abschliessend mit:**
 - **einem Aufwandüberschuss von Fr. 334'204.24;**
 - **Nettoinvestitionen von Fr. 1'521'807.17**
 - **Eigenkapital von Fr. 14'418'127.97 wird genehmigt.**

Präsidentin: Ich möchte an dieser Stelle der Verwaltung und auch dem Gemeinderat für die klare Berichterstattung danken. Dies ermöglicht auch ein zügiges Durcharbeiten der Rechnung.

37 111.905. Pikettfahrzeug

Atemschutz- und Modultransportfahrzeug; Kreditabrechnung

Präsidentin: Das Eintreten ist vorgegeben, die GPK hat das Wort.

Hans-Jörg Rothenbühler, GPK: Die GPK hat zu diesem Geschäft keinen Kommentar.

Edi Westphale, Gemeinderat: Ich habe keine Ergänzungen.

Peter Kofel, GFL: Erfreut nimmt die GFL zur Kenntnis, dass die Beschaffung des neuen Feuerwehrautos dank dem Einsatz aller Beteiligten über Fr. 12'000.00 weniger gekostet hat, als budgetiert. Ebenfalls freut uns, dass die Beschaffung, unter anderem dank dem Engagement der GFL und der Feuerwehrleute, jetzt schon abgeschlossen werden konnte.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Ich stelle in Anwendung von Artikel 53 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates fest: Die Abrechnung im Betrag von Fr. 187'219.45 mit einer Kostenunterschreitung von Fr. 12'780.55 wird zur Kenntnis genommen.

38 25.321. Verpflichtungskredite

Sanierung Blumenstrasse / Birkenstrasse; Verpflichtungskredite

Präsidentin: Wird das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Die GPK hat das Wort.

Johanna Thomann, GPK: Die GPK dankt für den guten Bericht und Antrag und anerkennt ganz deutlich, dass die Kritik der GPK punkto Lesbarkeit der Pläne und Abkürzungen aufgenommen und umgesetzt wurde. Wir haben eine Frage zur Kostensteigerung der Investitionsplanung bis zum Kreditantrag: Warum wurde erst beim Kreditantrag erkannt, dass der Strassenunterbau zu ersetzen ist?

Kurt Jörg, Gemeinderat: Die Kostensteigerung entstand beim Abklären des Projektes: Es kamen mehr Leitungen zutage, die ersetzt werden müssen, der Unterbau wurde vor 20, 30 Jahre gemacht und entspricht nicht mehr den heutigen Normen. Wenn man über zwei Drittel der Strassenbreite einen neuen Unterbau macht und den Rest belässt, gibt das logischerweise bald wieder Belagsschäden. Darum muss der ganze Unterbau neu gemacht werden und dies hat eine Kostensteigerung zur Folge. Hier geht es um nachhaltiges Bauen.

Peter Bähler, SVP: Die SVP-Fraktion hat sich ausführlich mit dem Geschäft befasst und findet wie die GPK, dass es eine gute und übersichtliche Vorlage ist.

Wenn die Abwasserleitung grosse Schäden aufweist, muss man sie ersetzen. Wenn die Trinkwasserleitung baufällig ist, undicht oder wenn es häufig zu Leitungsbrüchen kommt, muss sie erneuert werden. Das Alter alleine spielt keine Rolle, es gibt viele die noch funkti-

onstüchtig sind. Im vorliegenden Fall weist der Strassenbelag viele Risse auf, das kann zu Folgeschäden führen. Diese drei Punkte sind bei den Unterhaltsarbeiten, respektive beim Finanzplan auch vorgesehen. Die SVP befürwortet die Massnahmen zur Erhaltung der Infrastruktur.

Neu ist nun ein Gehweg auf einer Länge von 113 Metern im Projekt enthalten. Um diesen zu machen, werden 50 Zentimeter von der heute sechs Meter breiten Blumenstrasse für das Trottoir abgetrennt. Einen Meter müssen die privaten Eigentümer beisteuern.

Für die SVP hat dieses Trottoir nicht oberste Priorität. Aus der Lehre von Hans-Jörg Rhyhnen verzichten wir aber hier auf einen Rückweisungsantrag. Wir bewegen uns hier in einer 30-er Zone. In einer Zone 30 kann der Strassenraum von verschiedenen Verkehrsarten genutzt werden. Und nach der Fertigstellung der Schulhausstrasse ist auch die Verbindung für Sehbehinderte wieder gewährt. Zudem ist das vorgelegte Projekt fraglich.

Mit einer Fahrbahnbreite von 5m 50cm sollte die heutige Parkierung aufgegeben werden. Wenn wir rechnen: Breite Parkplatz 2m, + Abstand + Spiegel = 2m 30cm. Es verbleiben noch 3m 20cm als Fahrbahn. Das Tanklöschfahrzeug, die Müllabfuhr oder ein Umzugscamion sind 2m 55cm breit, plus Spiegel, plus Seitenfreiheit, müssen also dann sehr genau fahren um keinen Schaden anzurichten. Wenn auf die Parkierung verzichtet würde, wäre das Erscheinungsbild ein gut 100 Meter langer "Gredü" in einer 30-er Zone und das entspricht nicht einer siedlungsorientierten Strasse. Zudem fehlt dann vor den Garagen zum Teil der Platz und die Fahrzeughecks ragen in den Gehweg. Wenn auf die Parkierung verzichtet werden kann, könnte man auch einen Gehweg markieren wie an der Reichenbachstrasse.

Wir stimmen dem Antrag mit wenig Begeisterung zu.

Markus Dietiker, SP: Zum Teilprojekt Abwasserentsorgung folgende Bemerkung: Auf das Inlinerverfahren wurde aufgrund des instabilen Zustandes der Kanalisationsleitung verzichtet. Wie mir bekannt ist, können dank der Inlinertechnik auch stark beschädigte Kanalrohre effizient und schnell saniert werden. Somit könnte eventuell auf das Ausheben der Gräben verzichtet werden und die Bauzeit mit allen Unannehmlichkeiten verkürzt werden. Es würde mich interessieren, wie gross die Absackungen und Risse sind. Soviel ich weiss, wurde dies mit der Kamera erfasst.

Zum Teilprojekt Wasserversorgung: Die Wasserleitung mit Jahrgang 1995 wurde bereits einmal infolge Leitungsbruchs repariert. Somit ist es aus unserer Sicht ein Muss, die Leitung zu reparieren. Wir stimmen dem Verpflichtungskredit der Wasserversorgung voll zu. Ebenfalls dem Verpflichtungskredit für die Sanierung des Strassenbaus inklusive Trottoir Blumenstrasse und zwar für die gesamte Länge von 113 Laufmetern. Durch diese Massnahme wird die Verkehrssicherheit, insbesondere für die Fussgänger, massiv verbessert. Die Blindenschule ist in der Nähe und für blinde und sehbehinderte Kinder ist ein Trottoir sicher kein Luxus, sondern eine Erleichterung. Der Ausbau der Blumenstrasse stellt für die Gemeinde aus unserer Sicht einen weiteren zukunftsorientierten Schritt dar. Die Investitionskosten von Fr. 110'500.00 für das Trottoir zu Fr. 434'500.00 für die Strasse wird somit als ausgewogene Finanzierung realisiert. Lobenswert finden wir, dass die Sanierung Wasser, Abwasser, Strasse, Trottoir zusammen getätigt und somit die Synergien voll genutzt werden. Wir stimmen allen drei Verpflichtungskrediten mit einem beherzten "Ja" zu.

Markus Lötscher, FDP: Die FDP-Fraktion möchte dem Bericht und Antrag zustimmen und wir möchten besonders betonen, wie gut der Bericht geschrieben ist, die Bilder sind gut und es hat auch keine Abkürzungen, die man nicht versteht. Wir hoffen, dass dies weiterhin so bleibt.

Auf dem Belag sieht man die Schäden gut, die Situation ist heikel, es stehen relativ viele Autos auf der Seite, es hat Garageneinfahrten, Seitenstrassen, gut, man kann sagen, dass dies

alles ein wenig dämpft. Die Autofahrer müssen Rücksicht nehmen, in dieser Hinsicht bräuchte es nicht unbedingt ein Trottoir. Andererseits ist es eben sehr unübersichtlich und wir möchten darauf hinweisen, dass die FDP-Fraktion, namentlich Hansruedi Haueter, 1998 schon mal ein Postulat eingereicht hat, damals ging es um die Belagserneuerung Blumenstrasse. Er stellte den Antrag, zu prüfen, ob man die Beleuchtung verbessern könne und auch, ob ein durchgängiges Trottoir gemacht werden kann. Die Beleuchtung wurde akzeptiert, das Trottoir abgelehnt. Wenn wir nun begradigen und ein Trottoir machen, werden die Autos schneller fahren, es hat viele Kinder dort, ob das jetzt sicherheitstechnisch besser ist, wird sich weisen.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Somit kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen über alle drei Teile gemeinsam ab. Wer

1. den Verpflichtungskredit für das Teilprojekt Abwasserentsorgung von Fr. 375'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung Abwasserentsorgung (Konto Nr. 710.501.59)
2. den Verpflichtungskredit für das Teilprojekt Wasserversorgung von Fr. 184'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung Wasserversorgung (Konto Nr. 700.501.71)
3. den Verpflichtungskredit für den Strassen- und Trottoirbau von Fr. 545'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung Strasse (Konto Nr. 620.501.83)

annehmen will, erhebe die Hand.

Abstimmung

- 1. Der Verpflichtungskredit für das Teilprojekt Abwasserentsorgung von Fr. 375'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto Nr. 710.501.59)**
sowie
- 2. der Verpflichtungskredit für das Teilprojekt Wasserversorgung von Fr. 184'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung Wasserversorgung (Konto Nr. 700.501.71)**
und
- 3. der Verpflichtungskredit für den Strassen- und Trottoirbau von Fr. 545'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung Strasse (Konto Nr. 620.501.83)**

wird mehrheitlich bewilligt.

39

1.201.4 Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung

Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung, Ersatzwahl

Präsidentin: Wir kommen zur Wahl eines neuen Mitgliedes für die Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung. Gerhard Spielmann hat mit Schreiben vom 3. April 2013 mitgeteilt, dass er per sofort aus der Kommission austritt. Gibt es Wahlvorschläge?

Markus Lötcher, FDP: Die FDP schlägt Hansruedi Haueter als neues Mitglied der Kommission TVE vor. Er war bereits früher für die Kommission tätig und machte seine Arbeit sehr gut.

Präsidentin: Wird dieser Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. **Gemäss Artikel 56 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates gilt Hansruedi Haueter als neues Mitglied der Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung mit Amtsdauer per sofort bis 31. Januar 2017 als in stiller Wahl gewählt.**

40 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Interpellation David Zurflüh und Mitunterzeichnende betreffend "Gebühren-Rückerstattung – auch für Mieterinnen und Mieter?" Antwort

Präsident: Die Stellungnahme des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Wünscht der Gemeinderat noch ergänzende Bemerkungen dazu?

Gemeinderat: Keine Ergänzungen.

Präsident: Der Interpellant hat die Möglichkeit, sich kurz zu äussern.

David Zurflüh, GFL: Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort, auch wenn ich nicht ganz zufrieden bin, ich werde sie akzeptieren.

Präsident: **Dann stelle ich fest, dass die Interpellation erledigt ist.**

41 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Überparteiliche Motion betreffend "Beteiligung Zollikofens an der Modernisierung des Theaters der Hauptstadtregion Bern"

Im November 2012 haben die zuständigen Stellen des Kantons Bern, der Stadt Bern und der Regionalkonferenz Bern-Mittelland bekanntgegeben, wie die anstehende Sanierung des Stadttheaters finanziert werden soll: Die Modernisierung des Gebäudes, der Bühneneinrichtungen und des Publikumsbereichs soll gemäss festgelegtem Kostendach nicht mehr als 45 Mio. Franken kosten. 89 Prozent der Kosten sollen von Stadt und Kanton übernommen werden.

Die restlichen 11 Prozent sollen die 76 Gemeinden der Region Bern übernehmen, aus denen rund ein Drittel der Besucherinnen und Besucher des Stadttheaters stammt. Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland (Teilkonferenz Kultur) hat die Beiträge der einzelnen Regionsgemeinden nach dem bewährten Verteilschlüssel berechnet, der auch für die Gemeindebeiträge an die Betriebskosten des Stadttheaters und weiterer Kulturinstitutionen der Hauptstadtregion Bern gilt.

Die Regionalkonferenz hat nun die finanzkompetenten Organe der Gemeinden ersucht, bis im Dezember 2013 über einen freiwilligen Beitrag gemäss diesem Verteilschlüssel zu entscheiden. Für Zollikofen beläuft sich der gewünschte Beitrag auf Fr. 222'400.00 Der Entscheid darüber liegt in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates (GGR). Der Gemeinderat hat denn auch in seiner „Vorschau über die durch den Grossen Gemeinderat zu behandelnden Geschäfte im Jahr 2013“ angekündigt, dass der GGR im laufenden Jahr über die Sanierung des Stadttheatergebäudes entscheiden werde.

Anlässlich des Osterbotts von Ende März 2013 informierte der Gemeindepräsident öffentlich etwas detaillierter über das Vorhaben, über die vorgesehene Kostenverteilung und über den erwarteten Beitrag von Zollikofen. Er kündigte an, dass der GGR im Mai darüber beraten werde. Diese Ankündigung wurde anschliessend auch im Mitteilungsblatt Zollikofen (MZ) und auf der Webseite der Gemeinde publiziert. Entgegen diesen Ankündigungen hat der Gemeinderat dem GGR bisher keine Vorlage für die Beteiligung Zollikofens an der Sanierung des Stadttheaters unterbreitet.

Deshalb wird der Gemeinderat nun beauftragt, die Anfrage der Regionalkonferenz Bern-Mittelland um einen freiwilligen Beitrag an die Stadttheater-Sanierung gemäss Verteilschlüssel an einer der nächsten Sitzungen dem GGR zu unterbreiten.

Begründung:

Die Anfrage der Regionalkonferenz Bern-Mittelland ist an das je nach Beitragshöhe zuständige „finanzkompetente Organ (Gemeinderat, Gemeindeparlament oder Gemeindeversammlung)" gerichtet. Gemäss Verteilschlüssel geht es in Zollikofen um einen Beitrag von 222'400 Franken, und "das finanzkompetente Organ" für eine solche Kredithöhe ist zweifelsfrei der Grosse Gemeinderat (GGR). Davon ist auch der Gemeinderat bei seinen Ankündigungen einer GGR-Vorlage stets ausgegangen.

Der erst kürzlich getroffene Entscheid des Gemeinderates, bloss die Hälfte des beantragten Beitrags an die Sanierungskosten zu bezahlen, ändert nichts an der Tatsache, dass die Anfrage der Regionalkonferenz aufgrund der gewünschten Beitragshöhe an den GGR gerichtet war und folglich auch von diesem sollte beantwortet werden können. Es ist früher schon vorgekommen, dass der Gemeinderat dem GGR eine Kreditvorlage unterbreitete, obwohl er in eigener Kompetenz abschliessend darüber hätte entscheiden können. Letztmals war dies vor zwei Jahren beim Nachkredit für die Beachvolleyball-Anlage der Fall. Damals hatte der GR dem GGR über einen Kredit zum Beschluss unterbreitet, der eigentlich in der Finanzkompetenz des Gemeinderates lag. Der GR begründete dieses Vorgehen damit, dass er dem GGR im Voraus eine entsprechende Vorlage versprochen hatte.

Weil die Regionalkonferenz eine Antwort der angefragten Gemeinden erst bis 20. Dezember 2013 erwartet, besteht genügend Zeit, dem GGR das bereits von den zuständigen Kommissionen und vom Gemeinderat vorberatene Geschäft zu unterbreiten, sofern der GGR die vorliegende Motion überweist. Der Entscheid über die Motion könnte bereits in der Juni-Sitzung gefällt werden; nach der Sommerpause wäre danach noch genug Zeit für einen Entscheid in der Sache. Aus diesem Grund wurde davon abgesehen, für die vorliegende Motion, wie anfänglich erwogen, Dringlichkeit zu verlangen.

Dank diesem Vorgehen haben die Ratsmitglieder und die Fraktionen mehr Zeit, sich auf den Entscheid vorzubereiten und die beiden Fragen, die sich stellen, klar auseinanderzuhalten. Als erstes gilt es, mit der Erheblicherklärung der Motion die Kompetenzfrage zu entscheiden: nämlich ob der GGR für die Anfrage der Regionalkonferenz zuständig ist oder ob diese Zuständigkeit durch den Gemeinderat durch abweichende Beschlüsse unterlaufen werden kann. In einem zweiten Schritt wäre dann zu entscheiden, ob der von der Regionalkonferenz gewünschte Beitrag Zollikofens gemäss Verteilschlüssel geleistet wird oder nicht. Mit einer Zustimmung könnte der GGR die Position des Vertreters der Gemeinde Zollikofen in der Kulturkommission der Regionalkonferenz stärken.

Zollikofen, 29. Mai 2013

Erstunterzeichnende: Bruno Vanoni, GFL und Hans-Jörg Rothenbühler, BDP

Damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich bedanke mich bei allen für die Mitarbeit. Die nächste Sitzung findet am 26. Juni 2013 wiederum um 19.00 Uhr statt. Ich bitte das Ratsbüro, vorzutreten, wir müssen einen Termin abmachen. Ich wünsche allen einen schönen Abend.